

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Derzeitige Preis monatlich 2,- RM. Alle Bestellungen, Postbestellungen und Geschäftsstellenstellungen entgegen. Am Preis oder sonstiger Bedingungen besteht kein Anspruch auf Verringerung der Zeitung oder Abnahme des Bezugspreises. — Rücksendung eingelagerter Exemplare erfolgt nur, wenn Vorsto beiliegt.

Abzugspreis: die größte Anzahl 20 Bsp., die größte Anzahl der amtlichen Bekanntmachungen 40 Bsp. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 155 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 5. Juli 1933

Das Lächeln des Schmerzes.

Eindrücke aus den deutschen Alpen.

Zu einem schmalen Nadeln ist der einfi so breite Strom der Reisenden geworden, die von Deutschland hinausziehen über die Grenze nach Süden, ins „Gottesland“, ins „heilige Land Tirol“, in die Alpen. Einfi, sogar noch vor ein paar Jahren, schägte man die Zahl dieser deutschen Reisenden auf fast eine halbe Million, von ihnen zog allerdings ein beträchtlicher Teil weiter nach Südost und nach Italien. Damit war es aber vor einem Jahr ganz anders geworden: die schwüle Sonne des Katastrophensommers hatte den Zustrom der Reisenden aus Deutschland fast ausgetrocknet und jetzt merkt man noch viel stärker als damals die allgem eine Geldnot, die Wirtschaftskrise. Es bedarf keiner 100-Mark-Gegenstände mehr, um die Grenzüberquerung „ins Tirol“ hinein zu verhindern. — das wird durch die allgem eine Geldknappheit jetzt weit gründlicher besorgt!

Findet man dort, jenseits der deutschen Grenze, auch ein verändertes Land, veränderte Menschen? Hat Österreich, dieses besonders arg mißhandelte Stiefkind Europas, das im allgemeinen und des Völkerverbundes im besonderen, tiefere, schärfere Glendfühlungen im Gesicht aufzuweisen? Und hat dieses Glend auch, wie in Deutschland, zu einer heftigen Verhärtung und damit zu politischen Explosionen geführt? Diese Fragen müssen bejaht werden, auch dann, wenn die Bewohner der österreichischen Alpenländer dem Touristen gegenüber ein „Lächeln unter Schmerzen“ zur Schau tragen. Man verbirgt die brennenden Sorgen vor dem Besucher, der ja selbst die Sorgen ein paar Wochen daheim lassen will. Aber ein Blick hinter dieses mühsam genug gezogene Lächeln offenbart sich schnell den ganzen Umfang der deutschen Not in Österreich.

Das Wort von der „Fremdenindustrie“ paßt auch heute noch nicht — gottlob nicht! — so ganz für und auf die deutschen Alpengebiete wie auf andere Länder. Dafür aber ist Österreich unter dem Druck schwerster materieller, nun schon Jahre dauernder Not um so stärker, wenn man so sagen darf: politisch „mobilisiert“. Da die Parteien in diesem kleinen Schicksalsstaat vergeblich an den Gütern zu rütteln versuchen, hinter denen der „Friedensvertrag“ von St. Germain diesen Rest des alten Kaiserreichs eingesperrt hat, so fallen nach ungutem deutschen Brauch die Parteien um so wilder übereinander her. Natürlich brodel es im „Wasserkopf“ Österreichs, in seiner Hauptstadt Wien und um sie herum, ganz besonders bedenklich. Das Wählen ist schon lange zu einer Art gewöhnlichen Sonntagssport geworden, — wenn man die ebenso gewöhnlichen parteipolitischen Kaufereien so bezeichnen will, bei denen übrigens mehrfach Militär zur Veruhigung der bis zur Weisheit gegeneinander erbitterten Gemüter eingesetzt werden mußte. Abriand: das österreichische Bundesheer! 30 000 Mann hat man in St. Germain diesem Staate zugefanden, das also unverhältnismäßig mehr als etwa Deutschland, das nach dieser Zahl nicht 100 000, sondern 300 000 Mann Reichswehr haben müßte. Aber die Jahre der furchtbaren Finanznot haben jene 30 000 Mann „Bundeswehr“ zum sammenschwinden lassen auf jetzt etwa die Hälfte, ja sogar, wie behauptet wird, auf weniger noch als 13 000 Mann, so wie Österreich tatsächlich vollkommen wehrlos ist das gegenüber jedem Übergriff von außen her, so wehrlos wie kein zweiter Staat in Europa. Die einzige Waffe, mit der sich dieser Staat zu verteidigen, sein Recht auf Dasein zu erkämpfen sucht, ist sein — wachsendes Glend! Oder vielmehr: Dieses Glend ist schon so groß, daß sein weiteres Wachsen fast undenkbar erscheint.

Wir Deutschen im „Reich“ wollten den deutschen Brüdern jenseits der Grenze helfen, aber Europa hat es ja verboten und verhindert. Europa sollte einmal besonders in den Alpengebieten die — A r i c h ö s e besuchen, um zu sehen, was es mit jenem Verbot angerichtet hat; dem auffallend schnell mehrt sich die Zahl der im jugendlichen Alter Gestorbenen. Trotzdem ist der Mut der Verweigerung zu räumen, mit dem sich auch diese Deutschen wehren gegen die ihnen auferzwungene Not. Vor dem Schab ihrer Berge stehen sie mit jenem Lächeln des Schmerzes. Das Land Österreich, hauptsächlich agrarischer Charakter, leidet auch unter den furchtbaren agrarpolitischen Bedrückungen des europäischen Südens, dessen vorderste nach Westen gerichtete Spitze es darstellt. All die sonstigen Schmerzen, die von den Worten „Schillingsturz“ usw. ausstrahlen und die letzten Endes nur ein furchtbares Einschnürum pender Kaufkraftsturz herbeiführt, haben auch dieselben Folgen für die Preise gehabt wie etwa in Deutschland. Immer schon waren die Alpengebiete ein verhältnismäßig billiges Land; heute sind sie das nicht mehr als je, und halb versteinert an den Reisenden wird die Schönheit der deutschen Alpen. Aber man wird beinahe traurig, wenn man dieses Geschenk annimmt; denn es liegt etwas von dem Glend unserer deutschen Brüder daran. Auch wenn über den Spizen und Gaten, über den Firnen und Schneefeldern der Himmel leuchtet und die Sonne krahlt, so sieht doch das ein wenig schärfer bildende Auge des Besuchers überall die schwere schwarze Wolke furchtbarer Not, die über diesem unglücklichen Lande liegt.

Kampf um die deutsche Schlußzahlung.

Ehre gegen Eitelkeit.

Ein nicht sehr erfreulicher Kampf mit Zahlen hat in Lausanne eingesetzt. Aber es hat den Anschein, daß besonders für Herriot nicht so sehr die Höhe der von Deutschland in die Wiederaufbauleihe zu zahlenden Summe im Mittelpunkt des Interesses steht, sondern daß dahinter die Aufrechterhaltung des „Prestige“ Frankreichs die Hauptrolle spielt. Dieses „Prestige“, ein französisches Wort, für das es bezeichnenderweise keine deutsche Übersetzung gibt, war ja stets in der französischen Geschichte ein ausschlaggebendes Moment und bedeutet etwa die unumgängliche Rücksichtnahme auf die französische Nationalität. Dieser Forderung muß Herriot jetzt doppelt nachzukommen suchen, da ihm in seinem Kabinett ernst Schwierigkeiten drohen. Zwanzig Abgeordnete der Radikalsocialistischen Partei, also der Partei des Ministerpräsidenten, haben im Finanzausschuß gegen die Finanzvorschlüge der Regierung gestimmt. Diese Scharte muß Herriot auszuweichen suchen und Lausanne soll ihm dazu erwünschte Gelegenheiten geben. Sein Bestreben, von hier einen möglichst großen Erfolg mit nach Hause zu bringen, macht es wahrscheinlich, daß er mit verstärkter Hartnäckigkeit auf seinen Forderungen bestehen wird. Mag die Welt untergehen, wenn nur das französische Prestige gerettet wird! Nach französischen Mitteilungen hat denn auch Herriot die französische Delegation von Paris aus angewiesen, an den bisherigen Forderungen auf der für Deutschland untragbaren Beteiligung an der Wiederaufbauleihe mit vier Milliarden Mark festzuhalten und in den übrigen Punkten von dem ursprünglichen Gläubigervorschlag nicht abzuweichen.

In Konferenzkreisen besteht aber der Eindruck, daß man sowohl auf französischer wie auf englischer Seite einen erfolglosen Abbruch der Konferenz vermeiden will. Aus finanz- und handelspolitischen Gründen hält man eine Vertagung der Konferenz für völlig untragbar. Die gesamte internationale Lage wirkt sich zweifellos günstig für den deutschen Standpunkt aus, da die Gläubigermächte unter dem außerordentlich starken Druck der gesamten Wirtschaftskrise stehen und in den maßgebenden finanziellen Kreisen der Gläubigermächte dringend eine endgültige Regelung der Tributfrage gefordert wird. Ein Abbruch der Konferenz, der bereits mehrfach im Laufe der letzten vierzehn Tage unmittelbar bevorstand, ist nur aus diesen Gründen vermieden worden.

Deutschland muß fest bleiben, dann wird sich auch der Kampf zwischen Ehre und Leben auf deutscher Seite und Machthunger und Eitelkeit auf französischer Seite zu Deutschlands Gunsten entscheiden; aber schwere Prüfungen der deutschen Standhaftigkeit stehen noch bevor. Eine wirkliche Grundlage für eine Verständigung ist noch nicht gefunden und sie kann nur dadurch gefunden werden, daß unsere Gegner weitere Zugeständnisse machen.

Der Endkampf.

Der deutsche Standpunkt in Lausanne schriftlich dargelegt.

Reichsminister von Papen hat in Lausanne dem Präsidenten der Konferenz, Macdonald, ein Schreiben überreicht, in dem der Standpunkt der deutschen Abordnung zu dem Gläubigervorschlag schriftlich dargelegt wird. Das Schreiben enthält eine zusammenfassende Darstellung der Auffassung, die die deutschen Vertreter in den gesamten Verhandlungen der letzten Tage dem Gläubigervorschlag gegenüber dargelegt hatten, und umschreibt noch einmal den grundsätzlichen deutschen Standpunkt in den zur Verhandlung stehenden Hauptfragen.

Die vertraulichen Verhandlungen zwischen den Gläubigermächten über die deutschen Gegenüberstellungen zu dem Gläubigervorschlag begannen sofort. Es fand zunächst eine Unterredung zwischen Macdonald und Germain Martin statt, an die sich eine geheime Sitzung der fünf Gläubigermächte anschloß.

Man vertritt in maßgebenden englischen Kreisen die Auffassung, daß die von Deutschland verlangte völlige Streichung des Teiles VIII des Verfallter Vertrages (der Tribute und Kriegsschuldfrage) zu erreichen sei, weiter, daß in der Frage des Zusammenhanges zwischen den interalliierten Schulden und der Tributfrage der deutsche Standpunkt Berücksichtigung finden könnte ja, daß auch ein Entgegenkommen in der Frage der endgültigen Bedingungen für die Ausgabe der Bonds und der finanziellen Beteiligung Deutschlands an der Wiederaufbauleihe möglich sei — jedoch stößt die endgültige Festsetzung der Höhe dieser finanziellen Beteiligung Deutschlands auf große Schwierigkeiten, da die französische Regierung an der bisherigen

Höchstgrenze von 4 Milliarden festhält und es nach englischer Auffassung außerordentlich schwierig ist, die französische Regierung von dieser Höchstsumme abzubringen.

Man befürchtet in englischen Kreisen, daß eine weitere Verminderung dieser Summe neue außerordentlich ernste Schwierigkeiten für das Kabinett Herriot

schaffen könnte. Die weitere Vermittlerfähigkeit Macdonalds in dieser Frage ruhe auf große Schwierigkeiten, da alle bisherigen Vermittlungsvorschläge deutscherseits mit ungewöhnlicher Schärfe und Hartnäckigkeit abgelehnt worden seien und daher die Vermittlerfähigkeit Macdonalds jetzt nahezu erschöpft sei.

Jedoch ist diese englische Darstellung der Lage zweifellos rein faktisch zu bewerten. Die Engländer haben offenbar die Absicht, einen

Druck auf die deutsche Regierung auszuüben.

Der Endkampf um die vollständige Regelung der Tributfrage hat damit in voller Schärfe eingesetzt. Herriot, der ursprünglich erst am Mittwoch zurückkehren wollte, wird im Hinblick auf den Stand der Besprechungen bereits Dienstag wieder in Lausanne eintreffen.

Gefährliche Pläne.

Lausanne, 4. Juli. Macdonald hat als Präsident der Konferenz der deutschen Abordnung ein Schreiben überreicht, in dem noch einmal der Sinn des Gläubigervorschlages über die endgültige Regelung der Tributfrage eingehend erörtert wird. Das Schreiben, das der Reichsminister Papen am Montag dem englischen Ministerpräsidenten hatte zugehen lassen, enthält die Gegenbemerkungen der deutschen Abordnung zu dem Gläubigervorschlag. Entgegen andersartigen Ausdeutungsvorschlägen wird deutscherseits daran festgehalten, daß diese Gegenbemerkungen juristisch keineswegs die Form eines deutschen Gegenantrages haben. In den letzten vertraulichen Besprechungen über die Frage von Zahlungen, die Deutschland gegebenenfalls zum Wiederaufbau Europas leisten sollte, beziehungsweise würde, sind inzwischen die Bedingungen für die Durchführung dieser Zahlungen nach den verschiedensten Seiten hin durchbetont worden. Schon hieraus geht hervor, daß ein deutscher „Gegenvorschlag“ im jehummissenen Sinne tatsächlich nicht vorliegt. Auf deutscher Seite ist immer wieder der Standpunkt vertreten worden, daß eine deutsche „Abzahlung“ nach dem vorgezeichneten dreijährigen Moratorium nur in Frage kommen könnte, wenn diese Zahlung im Verhältnis zu der finanziellen Tragfähigkeit der deutschen Gesamtlage steht. Eine bedingungslose Verpflichtung, eine Abzahlung in jedem Fall vorzunehmen, war bisher auf deutscher Seite auf das Entschiedenste abgelehnt worden. Allerdings waren inzwischen neue Pläne ausgetauscht, nach denen eine beschränkte Regelung etwaiger bedingungsloser deutscher Jahreszahlungen herbeigeführt werden sollte. Jedoch besteht hierbei unzulänglich die außerordentliche Gefahr, daß die französische Regierung jede bedingungslose Verpflichtung der deutschen Regierung zur Abtragung der Abzahlung als eine Erklärung der deutschen Zahlungsfähigkeit auffassen und die Regelung dieser Zahlungen im Sinne von abzuändernden Bestimmungen des Youngplanes fordern könnte. Ein solcher Vorschlag wird auf deutscher Seite selbstverständlich nachdrücklich abgelehnt, da ja die angestrebte Regelung zu einer endgültigen Beteiligung der gesamten Tributfrage führen soll, ohne daß sich irgendwelche eine Wiederaufnahme der bisherigen Tributzahlungen in Frage kommen könnte. Aber auch sachlich könnte an eine deutsche Abzahlung natürlich nur dann gedacht werden, wenn die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands diese tatsächlich zuließe. In ausländischen Kreisen ist daher jetzt der Plan aufgetaucht, die deutsche Abzahlung, deren endgültige Höhe noch keineswegs feststeht, in der Weise zu regeln, daß Deutschland nach dem Ablauf des dreijährigen Moratoriums zunächst eine geringe beginnend, dann vorzunehmende Zahlung übernimmt und der Rest der Abzahlung bedingt, das heißt nur nach Vorliegen bestimmter wirtschaftlicher Voraussetzungen entsprechend der deutschen Wirtschaftslage verwirklicht wird. Die Verhandlungen über diesen ganzen komplizierten Fragenbereich sind aber noch völlig in der Schwärze und werden erst nach der Rückkehr Herriots in eine entscheidende Phase eintreten. Eine selbstverständliche Voraussetzung ist nach deutscher Auffassung natürlich, daß der gesamte Teil 8 des Verfallter Vertrages aus dem Vertragwerk herausgelöst und als endgültig erklährt wird.

Grandi für Schwamm drüber.

Lausanne, 4. Juli. Der italienische Außenminister Grandi hat dem Kaufmann Vertreter des „Fest Parisien“ eine Erklärung übergeben, in der unter anderem folgendes ausgesprochen wird: Die einzig mögliche Lösung, die im Interesse aller liegt, ist nach den dreiwöchentlichen Verhandlungen der Konse-